



HENDRIK SCHMIDT / PICTURE ALLIANCE / DPA



GEDENKSTÄTTE JUGENDWERKHOF TORGAU

Opfer Puls (r.), Ministerinnen Leutheusser-Schnarrenberger, Schröder, Jugendwerkhof Torgau um 1978: Blitzbesuch ohne Folgen

HEIMKINDER

# Opfer zweiter Klasse

Sexueller Missbrauch, Isolationsfolter, vollkommene Rechtlosigkeit – das Heimsystem der DDR war für viele Zöglinge die Hölle auf Erden. Doch im Gegensatz zu ihren Leidensgenossen im Westen warten sie immer noch auf eine systematische Aufarbeitung der Vergangenheit.

Ihren Heimleiter von einst wird Heidemarie Puls nie vergessen können. Zu oft hat der verdiente Genosse das Mädchen damals zu sich gerufen. Ihr an die Brust gefasst. Seinen Mund an ihren Hals gepresst. „Lassen Sie das bitte“, flehte Heidemarie Puls. Doch der Lehrer packte sie, zwang sie auf die Pritsche und befahl ihr, ihn zu befriedigen. Nach dem Missbrauch kam das, was er für Pädagogik hielt: Mit einem Stock drosch er auf die junge Frau ein.

Puls hat erlebt, was viele DDR-Heimkinder erleiden mussten. Sie sollte in

staatlicher Obhut vor dem Missbrauch durch ihren Stiefvater bewahrt werden – und fiel den Gelüsten Fremder zum Opfer. Ihr Schicksal ist mit dem jener Heimzöglinge der alten Bundesrepublik vergleichbar, um die sich der „Runde Tisch Heimerziehung“ in Berlin kümmert.

Doch Puls, 53, ist ein Opfer zweiter Klasse. Als der Runde Tisch unter Vorsitz von Antje Vollmer im Dezember empfahl, ehemalige Heimkinder über einen Fonds in Höhe von 120 Millionen Euro zu entschädigen, blieb ihr Schicksal außen vor.

Jene Tausende Heimkinder der DDR, die jahrzehntelang der Willkür eines unmenschlichen Erziehungssystems ausgeliefert waren, wurden in Berlin nicht erwähnt. 21 Jahre nach dem Mauerfall zog die Kommission erneut eine Grenze.

Manfred Kolbe war einst Staatsanwalt und Richter in Bayern, später Justizminister in Sachsen. Heute sitzt er im Bundestag. Zu seinem Wahlkreis gehört Torgau, in dem das übelste Heim der DDR stand. Kolbe glaubt, dass die Missbrauchsfälle im SED-Staat „wahrscheinlich sogar

schwerer“ waren als jene im Westen. Und sie waren „keine Entgleisungen im Einzelfall“, sondern beruhten „auf einem Erziehungssystem der systematischen Brechung der Individualität“. Für ihn ist die Ignoranz der Kommission „bitter“.

Denn auf eine gründliche Aufarbeitung ihrer Geschichte warten die Ost-Heimkinder mindestens so lange wie ihre Leidensgenossen im Westen. Außer einem Blitzbesuch der Bundesministerinnen Kristina Schröder und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger in Torgau tat sich nichts. Die öffentliche Kritik an den Zuständen in West-Heimen, mahnt jedoch der Berliner Sozialpädagoge Manfred Kappeler, wäre „in gleicher Radikalität für das System der öffentlichen Erziehung in der DDR nötig gewesen“. Es habe in jenen dunklen Jahrzehnten eine „weitgehende Übereinstimmung“ in der Heimerziehung zwischen West und Ost gegeben. Nur dass die Ost-Opfer noch nicht einmal theoretisch auf die Hilfe von Polizisten, Staatsanwälten oder Journalisten hoffen konnten.

Die DDR unterhielt ein verzweigtes System von Normalkinderheimen, Aufnahme- und Beobachtungsheimen, Jugendwohnheimen, Spezialkinderheimen, Jugendwerkhöfen, gar ein „Kombinat der Sonderheime“ in Berlin. Sie hinterließ Hunderte traumatisierte Insassen, aus denen „vollwertige Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft“ werden sollten.

Sie kamen oft aus schwierigen familiären Verhältnissen und konnten auch in der Obhut des Staates nicht mit übermäßiger Zuneigung rechnen. Dem Motto des sowjetischen Pädagogen Anton Makarenko („Den neuen Menschen muss man auf neue Weise erschaffen“) wurde in der DDR auf vielfältige Weise entsprochen.

2004 entschied das Berliner Kammergericht in einem Grundsatzbeschluss, dem ostdeutschen Umerziehungsapparat sei es darum gegangen, den Zöglingen „das Gefühl individueller Ohnmacht zu vermitteln und ihren jugendlichen Selbstbehauptungswillen zu brechen“. Mit „wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung“ sei das „unvereinbar“ gewesen.

In die Fänge des sozialistischen Heimsystems konnten junge DDR-Bürger leicht geraten. Jugendliche Subkulturen waren den Parteifunktionären mit ihren Präsent-20-Anzügen und braunen Hornbrillen immer ein Graus; lange Haare und westliche Musik schienen verdächtig. SED-Chef Walter Ulbricht hatte früh den musikalischen Geschmack vorgegeben. Man müsse nicht „jeden Dreck, der vom Westen kommt,“ kopieren: „Mit der Monotonie des je je je und wie das alles heißt, sollte man doch Schluss machen.“

So wurden junge Leute in den Akten der Jugendhilfe zu Eckenstehern, Rowdys, Hippies, Gammlern, Trampnern, Punks oder Skinheads – alles staatliche Kategorien für „Normalabweichler“, die unter

Beobachtung standen. Denn, so steht es in der Abschlussarbeit einer DDR-Jugendfürsorgerin, „vom Eckensteher bis zum Rechtsverletzer ist der Weg nicht weit“.

Das DDR-Institut für Jugendhilfe in Ludwigfelde gab Unterrichtsmaterialien heraus, in denen der Begriff „Schwererziehbarkeit“ definiert wurde. Ein Problemfall sei bereits, wer ein „relativ stabiles Selbstwertleben“ habe und nur ein „gelegentliches Erkennen bzw. Erleben der eigenen Untüchtigkeit, Fehlen jeglichen Leidensdrucks“ an den Tag lege. Egozentrismus galt als verdächtig, Bettnäse und Nägelkauer seien auf dem besten Weg zur Verwahrlosung.

Bei Jungs wurde in der Regel Brutalität, Rowdytum und ungepflegtes Äußeres festgestellt, bei Mädchen „häufig wechselnder Intimverkehr“, „asoziale Lebensweise“ oder „Zugehörigkeit zu einer ne-

Sie schlugen ihn, bis er in Ohnmacht fiel, pressten seinen Kopf ins Klo und zogen die Spülung. Sie zertritten ihn in eine feuchte, leere Zelle und legten den Riegel vor.

Weber erinnert sich, wie sie ihn in Isolationshaft sperrten. Doch wie lange? Vier Tage? Eine Woche? Er fror, aß nichts und konnte nicht schlafen. Das Klo war ein Blechkübel. Ihm erging es wie allen neuen Heimkindern. „Die Erzieher hatten nur ein Ziel: uns zu brechen.“

Für die Isolation hatten die sozialistischen Heimerzieher 1967 eine Ordnung erlassen, sie aber wohlweislich nie veröffentlicht. Danach konnten selbst Zwölfjährige isoliert werden, wenn sie die Arbeit verweigerten, zu fliehen versuchten oder angeblich vor sich selbst geschützt werden mussten. Sechs Quadratmeter sollte die Zelle messen, „massiv gebaut“



Ehemaliges Heimkind Weber\*: „Torgau hat mich zerstört“

gativen Gruppe“. Auffällige Jugendliche wurden gern ins Heim gesteckt.

Bei den Verantwortlichen in der DDR habe jede Rücksicht darauf gefehlt, schrieb später das Berliner Kammergericht in seiner Entscheidung, „dass die Jugendlichen aufgrund ihrer Herkunft und der Verhältnisse, in denen sie gelebt hatten, vielfach der gesteigerten Fürsorge der Gesellschaft bedurft hätten“.

Die Schwererziehbaren kamen in geeignete Rittergüter, Gutshäuser, Wasserschlösser, Jagdschlösser, Burgen und ehemalige Klöster. Doch hinter den schönen Fassaden herrschte die Hölle.

Ralf Weber war 17, als er alles verlor: seine Kleider, seine Freiheit, seinen Stolz. Nackt stand er vor seinen Peinigern. Sie hatten ihm die Haare geschoren und wollten wissen: „Glaubst du an den Sozialismus?“ Ralfs Augen röteten sich. „Hier wird nicht geheult“, brüllten die Erzieher.

\* In einer Dunkelzelle des ehemaligen Jugendwerkhofs Torgau.

mit „mindestens zwölf Millimeter starken Eisengittern“. Das Bett war tagsüber an die Wand zu schließen, Randalieren untersagt: „Bei schuldhafter Beschädigung der Arrestzelle ist der Minderjährige materiell regresspflichtig zu machen.“

1982 schrieb eine entsetzte Mutter aus Berlin direkt an Margot Honecker, die Ministerin für Volksbildung. Ihr 15-jähriger Sohn wolle nicht mehr ins Mecklenburger Heim zurück, „weder im Guten noch im Bösen“. Er habe Selbstmordgedanken. Was war passiert? Das Kind hatte heimlich geraucht und war für zwei Tage in die Isolationszelle gekommen. Die Ministerin, forderte die Frau, möge die Arrestzellen „umgehend verbieten“. Die Reaktion der Abteilung Jugendhilfe kam prompt. Isolierung werde „sinnvoll in den gesamten Komplex zur Sicherung einer stabilen Erziehungssituation eingeordnet“. Weitere Maßnahmen seien daher „nicht erforderlich“.

In Torgau, dem härtesten Jugendwerkhof der DDR, begann erst im vergangenen Jahr die umfassende Aufarbeitung

der Geschichte. Auf einen Aufruf der Gedenkstätte meldeten sich 93 Opfer sexuellen Missbrauchs, mindestens weitere 190 berichteten von psychischen und physischen Misshandlungen. Sie schilderten, wie Betreuer über siebenjährige Jungen und Mädchen herfielen und sie vergewaltigten. An den Wochenenden nahmen sie die Kinder mit zu sich nach Hause. Die Bedingungen in den Werkhöfen seien oft härter gewesen als im Gefängnis, heißt es in einem Untersuchungsbericht.

In Thüringen berät Manfred May bei der Diakonie ehemalige Heimkinder. Er spricht in Anlehnung an den sowjetischen Dissidenten Alexander Solschenizyn inzwischen vom „Archipel Kinderheime“. Hunderte Gesprächspartner hätten von Gewalt, Misshandlungen und Missbrauch berichtet. „Die Zahl der erwähnten Heime war bestürzend groß.“

Nicht jeder hielt die Zustände aus. Ein 17-Jähriger floh bei einem Transport aus Torgau, sprang aus Verzweiflung in die Elbe und ertrank. Jugendliche hängten sich an Hemden auf, tranken Schmierfett, schluckten Nadeln; ein Junge schloss sich in sein Zimmer ein, übergoss sich mit Bohnerwachs und zündete sich an.

Noch 1989 wollte sich ein Jugendlicher selbst opfern, um anderen die Flucht zu ermöglichen. Die Mitinsassen sollten ihn töten und an das Fenstergitter des Schlafraums hängen, um Wärter in den Raum zu locken. Der Junge wurde mit einem Bettlaken bewusstlos gewürgt, überlebte jedoch. Die Flucht scheiterte.

Fast alle ehemaligen Insassen leiden bis heute an den Folgen der Schinderei. Viele sind erwerbsunfähig. „Torgau hat mich zerstört“, sagt Ralf Weber. Er war noch nicht in der Schule, als sein Vater in den Westen floh. Die Behörden verboten der Mutter, den Sohn allein großzuziehen. Er kam 1962 ins Kinderheim, 1963



**Jugendheim-Propagandafoto der DDR 1953:** „Systematische Brechung der Individualität“

ins Spezialkinderheim, 1968 ins Sonderheimkombinat, 1970 in einen Jugendwerkhof. Weber galt als gewalttätig, neigte zu Wutausbrüchen, konnte sich nicht unterordnen. Die Erzieher sagten, er sei verrückt, und stellten ihn mit Pillen ruhig. 1971 wurde er nach Torgau verlegt, in den geschlossenen Jugendwerkhof.

Weber hat 2004 den Beschluss des Kammergerichts Berlin erstritten, der ihm 300 Euro Entschädigung je Monat im Werkhof Torgau zusichert. Er fordert auch eine Wiedergutmachung für jene Zeit, die er in sechs anderen DDR-Heimen zubrachte.

Es gibt kaum rechtskräftige Urteile gegen verantwortliche Funktionäre oder Erzieher, was mitunter an den Opfern liegt. Viele der einstigen Zöglinge schämen sich bis heute ihrer Vergangenheit, denn in Ostdeutschland wird immer noch getuschelt. Wer im Werkhof war, werde das schon verdient haben, heißt es dann.

Dabei reichte es oft, wenn die Eltern Regimekritiker waren, um jahrelang in einem Heim zu landen.

Kerstin Dietzel, Erziehungswissenschaftlerin an der Universität Magdeburg, verweist gern auf Friedlinde Kupka, deren Lebensweg symptomatisch ist für so viele in der DDR. 1971 stellte die alleinerziehende Mutter einen Ausreiseantrag und ließ sich davon über Monate hinweg nicht abbringen. Hartnäckige Fälle landeten schnell bei der Stasi. In deren Richtlinie 1/76 war die „Zersetzung“ staatsfeindlicher Subjekte geregelt. Etwa durch „systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufs“ oder die „systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Misserfolge“. Friedlinde Kupka verlor ihren Sekretärinnenjob. Eine Stelle als Putzfrau schlug sie aus. Sie war arbeitslos in einem Staat, der Vollbeschäftigung propagierte. Das Kreisgericht Rostock konnte die schwangere

Frau wegen „asozialen Verhaltens“ zu zehn Monaten Haft verurteilen.

Ihre neunjährige Tochter kam ins Heim, der kurz darauf geborene Sohn wurde sechs Tage nach seiner Geburt an linientreue Adoptiveltern gegeben, das Erziehungsrecht der Mutter vom Familiengericht entzogen. Sie sei nicht in der Lage, „die Kinder zu verantwortungsbewussten Staatsbürgern zu erziehen“. 1975 wurde Friedlinde Kupka aus der DDR ausgewiesen. Alle Kontaktversuche zu den Kindern blockte der Staat ab.

Die Stasi nutzte die Heime. Der Geheimdienst, sagt der frühere DDR-Bürgerrechtler Wolfgang Templin, habe mit den Jugendämtern operativ zusammengewirkt. „Die Jugendhilfe, eigentlich zum Schutz der Kinder und Familien gedacht, verkehrte ihre Aufgabe ins genaue Gegenteil, wenn sie für Heimeinweisungen aus politischen Gründen oder sogar Zwangsadoptionen missbraucht wurde.“ Und ganz nebenbei rekrutierte der Geheimdienst unter den Kindern und Jugendlichen auch noch seinen Nachwuchs. Nach der Wende flogen die Spitzel innerhalb der Ost-Berliner „Initiative Frieden und Menschenrechte“ auf. Allein drei von ihnen waren als Waisen in einem Kinderheim aufgewachsen. Auch der berühmte SPD-Kundschafter Ibrahim Böhme („IM Maximilian“) war ein Heimkind.

Als im vorigen Jahr die West-Heimkinder in die Schlagzeilen kamen, machte das auch vielen ostdeutschen Erziehungsopfern Mut. So meldete sich ein Mann aus Mecklenburg, der bis 1979 im Spezialkinderheim Pretzsch (Sachsen-Anhalt) gelebt hatte, bei der „Leipziger Volkszeitung“. Im Schlosskeller hätten Erzieher die Kinder „unten angefasst“ und sich an ihnen gerieben. Die Geschlechtsteile seien mit eiskaltem Wasser angestrahlt worden. Die Staatsanwaltschaft ermittelte, doch der Fall wurde eingestellt. Das Opfer, das in einem

Wohnwagen bei Neustrelitz lebt, konnte nicht mit den Strafverfolgern zusammenarbeiten. Ein ärztliches Attest bescheinigte ihm eine Phobie vor Ermittlungsbehörden.

In Leipzig prüften Staatsanwälte Aussagen zu sexuellem Missbrauch in einem Eilenburger Kinderheim. Doch rasch war klar: Was immer in Eilenburg geschah,

### **Auf Hilfe von Polizei, Staatsanwälten oder Journalisten durften die Opfer nicht hoffen.**

die Taten sind kaum noch zu verfolgen. Die Akten sind verschwunden, und sexueller Missbrauch verjährte nach einigen Jahren. Zu spät für Ermittlungen.

Wo Polizei und Richter passen müssen, tummeln sich stattdessen die Geschichtsklitterer, die ihre eigenen Urteile fällen. Eberhard Mannschatz etwa, im Ministerium für Volksbildung einst zuständig für die Spezialheime der DDR, klagte über die „Jugendwerkhof-Keule“ und die „Verleumdungskampagne gegen die DDR-Jugendhilfe“. Vor allem Torgau werde „zur historisch-einmaligen Monstrosität“ hochgespielt, behauptet der heute 83-Jährige. Man solle zur Kenntnis nehmen, „dass es in Prozessen nach der Wende gegen Erzieher nicht in einem einzigen Falle zu einer Verurteilung gekommen“ sei.

Mitunter lag das auch an der Geschmeidigkeit des Personals. Im November 1989 löste sich der Werkhof in Torgau nahezu über Nacht auf. Zuerst verschwanden Gitter und Sichtblenden, dann Gefängnistüren und Akten. Ein Schulinternat zog ins Hauptgebäude. Die Erzieher blieben, wo sie waren, nun zuständig für die außerschulische Betreuung der Kinder.

Mannschatz war bis 1991 Hochschullehrer an der Berliner Humboldt-Universität. Seine Aufsätze sind in der „Bunten Rei-

he“ der AG Bildungspolitik der Partei Die Linke zu finden. Die Beiträge haben das Ziel, „die offene Diskussion um linke Schul- und Bildungsprogrammatik zu unterstützen und zu fördern“.

Ralf Weber lehnt sich tief in die Couchpolster. Mannschatz beschäftigt sich noch immer mit ihm. Er hat den Beschluss, den Weber erstritt, in einem Ton kommentiert, der früher dem berüchtigten DDR-Kommentator Karl-Eduard von Schnitzler (Volksspott: „Sudel-Ede“) vorbehalten war. Das Gericht habe anderen Betroffenen den „Mund wässrig gemacht“, eine verleumderische Lobby sei am Wirken.

Weber baute nach der Wende ein Haus in der Lausitz. Er heiratete und bekam eine Tochter. Und er versuchte, Torgau aus seinem Leben zu verbannen.

Eine Zeitlang ging das gut, doch als seine Tochter älter wurde, kehrten die Erinnerungen zurück. Mit seiner Familie sprach er lange nicht über seine Jugend. Erst als die Depressionen unerträglich wurden, erzählte er seiner Frau von Torgau: „Ich wollte sie damit nicht belasten.“

Auch Heidemarie Puls, die mit Weber im Opferbeirat von Torgau sitzt, mochte lange nicht reden. Dann schrieb sie sich ihr Leid von der Seele. „Schattenkinder“ heißt ihr Buch, das 2009 in einem kleinen Rostocker Verlag erschienen ist. Es half ihr, mit dem Erlebten fertig zu werden.

Und der Runde Tisch in Berlin? Familienministerin Kristina Schröder hatte dem Abgeordneten Kolbe aus Torgau geschrieben, es würden dort „alle Gruppen Gehör finden“. Dann tagten Vertreter aus Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Westfalen-Lippe, Bayern und aus dem Rheinland.

Weber, Opferbeirat der Initiativgruppe „Geschlossener Jugendwerkhof Torgau“, erfuhr das Ergebnis der West-Aufarbeitung aus der „Tagesschau“.

MAXIMILIAN POPP, STEFFEN WINTER